

Bräuer-Beitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 48.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 1. Dezember 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

60 Millionen Mark mehr Biersteuer.

Der Kühne und große Griff in die Taschen des Volkes und vorzugsweise der lohnarbeitenden Klassen zur Herbeischaffung der Mittel für die Flotten- und Kolonialpolitik bzw. zur Deckung der Schulden, die durch diese Politik verursacht wurden, wie ihn die „fürsorglichen“ verblindeten Regierungen unter Anleitung des Herrn v. Stengel ausgeübt haben, wird so nach und nach der Öffentlichkeit offenbart. Unter den 245 Millionen Mark neuer indirekter Steuern, die nach dem Plan der verblindeten Regierungen aus dem Volke „zur Deckung des Reichsfinanzbedarfs“ herausgeholt werden sollen, entfallen 40 Millionen auf die Tabaksteuererhöhung und 60 Millionen auf die Brausteuererhöhung in der norddeutschen Brausteuerergemeinschaft. Das ist eine Verdreifachung der bisherigen Brausteuer.

Angestrichen wurden solange diese Pläne geheim gehalten, wo doch etwas in die Öffentlichkeit durchsickerte, wurde es bestritten, trotzdem, wie sich besonders bezüglich der Brausteuererhöhung herausstellte, das Veröffentlichen die Wahrheit war. Auch jetzt keine ehrliche Offenheit; so nach und nach wird dem Volke plausibel gemacht, wie es ausgeplündert werden soll, man will es sachte daran gewöhnen. Oder schämte man sich, mit dem ganzen auf einmal herauszurücken in allen Details? Das ist nicht gut möglich, denn sonst hätte man sich erst der Begründung der neuen indirekten Steuern bzw. der Erhöhung derselben schämen müssen. Man höre, mit welchen Gründen die verblindeten Regierungen für die Steuererhöhung operieren:

„Mag das Bier vielleicht auch von manchem noch bis zu einem gewissen Grade für ein wenigstens nicht ganz entbehrliches Genussmittel angesehen werden, so ist der Tabak unzweifelhaft ein Genussmittel, dessen Entbehrlichkeit außer Frage steht.“

Man faßt sich an den Kopf und sollte meinen, daß diese Regierungen mit ihrer Weisheit auf dem Monde zu suchen wären, so weltfremd, so jeder Einsicht bar klingt diese Begründung. Man erklärt die Bier- und Tabakindustrien für überflüssig und will zu gleicher Zeit 100 Millionen Mark mehr Steuern aus ihnen heraus schlagen. Mit vollem Recht kann man nach dieser Begründung behaupten, die hochwohlwollenden Regierungen gehen mit ihren Steuerplänen mit voller Absicht darauf hinaus, diese Industrien zu ruinieren, denn mit der von den Regierungen gewünschten und behaupteten Entbehrlichkeit des Tabakgenusses und des Biergenusses — außer bei „manchem“ . . . bis zu einem gewissen Grade“ und auch nur „vielleicht“ — soll ja die Möglichkeit und Gerechtigkeit der Steuererhöhung bewiesen werden. Aber wo kommen denn die 100 Mill. Mark Steuer „zur Deckung des Reichsfinanzbedarfs“ her? Der Bier- und Tabakgenuss ist entbehrlich, folglich feste Steuern drauf, damit die Entbehrlichkeit auch Wirklichkeit wird; 120 000 Arbeiter in der Brauindustrie, 200 000 Arbeiter in der Tabakindustrie — ach was! Lust! Was scheuen uns die, wir wollen unsere Finanzlunke beweisen. Und das nennt die Regierung nach derselben Begründung der Steuererhöhung eine

„unter möglichster Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten und unter Vermeidung von Steuern, durch welche notwendige Lebensbedürfnisse leiden könnten, unter tunlichster Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Verbraucher und der Gewerbetreibenden weiteren Kreisen aufzuerlegende Besteuerung zur Erhöhung von Aufgabungen des Reichs, welche keineswegs einzelnen bevorzugten Klassen zugute kommen, sondern den Interessen der Allgemeinheit dienen.“

Man möchte lachen, wenn die Sache nicht so fürchterlich ernst wäre.

Wir haben schon kürzlich in den Artikeln über „Polltaxi und Staffeltsteuer“ dargetan, welche Schädigungen außer durch die Handelsverträge die Brauereiarbeiter als Produzenten und Konsumenten von einer weiteren Erhöhung der Brausteuer zu erwarten haben, und wir werden nächstens noch mehr dazu zu sagen haben. Heute aber schon wollen wir die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie dafür zu sorgen haben, wenn in nächster Zeit nach noch näherer Mitteilung Protestversammlungen gegen diese unerhörten Steuerpläne einberufen werden,

daß kein Arbeiter der Brau- und Malzindustrie an den betreffenden Orten in diesen Protestversammlungen fehlt.

Jahresberichte der Gauleiter.

Gau 1 (Süd-Posen).

Ein Jahr reichen Schaffens liegt hinter uns. Mit einer gewissen Spannung mühen die Begner der Reorganisation im Brauereiarbeiter-Verband durch Anstellung der Gaubeamten den Bericht entgegen. Wie notwendig diese Reorganisation für unsere Organisation gewesen, kann nur derjenige voll würdigen, der selbst die Funktionen eines Gauleiters übernommen oder sonst sich als Agitator in indifferenten Arbeiterkreisen betätigt. Nicht verfehlt, sondern um mindestens zwei Jahre zu spät hat unsere Organisation die Anstellung der Gauleiter vorgenommen, unterdessen schon andere Organisationen, wie z. B. der Transportarbeiter-Verband, wie in anderen Organisationsgebieten, so auch unter den Brauereiarbeitern wählten, um Mitglieder zu fangen. Doppelt schwer wird es, solche Leute, die schon organisiert waren, aber dann wieder austraten, weil man für sie nichts getan hat, infolge Unkenntnis der Verhältnisse nichts für sie tun konnte, zu überzeugen, daß ihnen die Organisation doch etwas nützt, daß aber nur die zuständige Industrielle-Organisation, der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter ihre kranke Lage wirklich und nachhaltig verbessern kann.

Die Tätigkeit der Gauleiter besteht ja bekanntlich nicht nur in Vorträgen halten. Der Gauleiter muß sich vor allen Dingen über die örtlichen Verhältnisse unterrichten, die ja überall anders sind, die Kollegen im engeren Kreise belehren, sie über den Wert des Verbandes, die Führung der Zahlstellengesäfte unterrichten und sie allmählich, aber sicher von dem Organisationsgedanken, der Arbeitersolidarität zu durchdringen und das Vertrauen zu ihm und seinen Anweisungen zu befestigen. Erst wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, kann an die Ausmerzung der größten Schäden im Beruf und erst dann an die weitere Agitation, den Ausbau der Organisation, sowie Verbesserung der Verhältnisse herangegangen werden, wobei der Gauleiter immer in Führung mit diesen Orten bleiben muß.

Doppelt schwer liegen die Agitationsverhältnisse im Gau 1. Zunächst vollständig des Bezirks und der sonderbar liegenden Verhältnisse unkundig, mußte der Gauleiter, ganz auf sich selbst angewiesen, ohne jeden Berater in besonders komplizierten Verhältnissen, versuchen, diejenigen Betriebe und Orte, wo eine Agitation überhaupt vorerhand lohnend schien, aus dem Koloss des Bezirks herauszuschälen. Die überwiegende Zeit im ersten Jahre mußte zu dieser mühseligen Arbeit verwendet werden, was durch die unvollständigen Einfassungen der einzelnen Orte von einander noch wesentlich erschwert ist. Mit Ausnahme von Schlesien und eines Teils von Brandenburg sind zwei Orte mit Brauindustrie an einem Tage gar nicht zu erreichen und zu erledigen. 150–200 Kilometer Bahnstrecke in einem Tage zurückzulegen, ist im jetzigen 1. Gau fast die Regel; doch sind auch 400 Kilometer keine Seltenheit. Als weitere Hindernisse, die Agitation vorteilhaft zu betreiben, stellen sich Religiös- und Nationalitätsunterschiede in den Weiden, die von interessierten Leuten, die dabei alles andere, nur nicht die Interessen dieser Arbeiter im Auge haben, gepflegt und geschürt werden. In erster Linie sind diese Leute in der Provinz Posen, Westpreußen und Ober-Schlesien Polen, dann gute Katholiken von allgemeiner Arbeiterinteressen nichts vorhanden. So war es trotz aller Bemühungen durch Betriebsbesprechungen und Versammlungen mit Referenten in Deutsch und Polnisch in der Stadt Posen mit ca. 400 Berufstätigen nicht möglich, von den gewonnenen Mitgliedern auf die Dauer auch nur eins zu erhalten. In Posen selbst sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derart traurig, daß es selbst den Eingeborenen, die doch schon ein großes Maß Bedürftigkeit ihrer eigenen nennen, nicht behagt. In der Neuen Posen Brauerei lernen die Arbeiter einander kennen. Kolonnenweise verlassen sie infolge überlanger Arbeitszeit Sonntag und Wochentags, bei einer wöchentlichen Entlohnung von ca. 14 Mk. und schlechter Behandlung die Arbeit. Erst wenn die Not am größten, suchen die Arbeiter die Brauerei als Unterkunft auf; wenn ihnen etwas anderes mißt, verlassen sie die Gdorados wieder. Es wird noch einige Zeit verstreichen, bis diese polnischen Arbeiter ihre Lage erkennen und andere Verhältnisse geschaffen werden können. Der Pole ist in seiner Heimat weit schwerer zu organisieren, wie fern von derselben. Aus diesem heraus ergibt sich auch ohne weiteres, daß wir im 1. Gau mit mehr Unkosten zu rechnen haben wie in anderen Gauen.

Vor allen Dingen soll die Zeit zweckentsprechend verwendet werden, folglich mußte der Gauleiter außerhalb Posen seine volle Tätigkeit entfalten, und dieser Aufgabe ist er, soweit möglich, nachgekommen. In Betracht gezogen, daß im Bereich des 1. Gaues außer den Orten um Berlin noch wenig oder nichts getan war, wo man sich, weil wenig lohnend, vollständig fern hielt, muß man auch mit dem erzielten Erfolg befriedigt sein, und für den Gauleiter persönlich ist das Resultat, die ganzen Begleitumstände gemindert, über die bei seinem Amtsantritt von ihm gegebenen Erwartungen hinausgegangen. In Landsberg, Stralsund, Stettin, Wittenberge, Grlitz, Biegnitz und Dirschberg wurden Zahlstellen durch den Gauleiter, in Brandenburg a. N. durch die Agitationskommission in Berlin gegründet. In Erkenntnis ihrer Aufgaben hat letztere Agitationskommission dem Gauleiter in der Umgebung von Berlin gute Dienste geleistet. Von den Neugründungen benannter Zahlstellen abgesehen, haben auch die bereits bestehenden Zweigvereine nicht zuletzt durch die Tätigkeit des Gauleiters, indem vieles im Argen Liegende abgeändert, eine bessere Kontrolle geschaffen wurde, an Mitgliedern zugenommen. Wenn wir die zwei Sektionen Berlin auskassieren, so waren beim Amtsantritt in 8 Zahlstellen 427 Mitglieder vorhanden. Hierbei sind die 10 Mitglieder in Posen, die nur vorübergehend dem Verband angehörten, und die 10 Mitglieder in Forst, die wegen Erhöhung des Beitrages am 1. Oktober 1904 austraten, mitgezählt. Am 1. Oktober 1905 waren in 16 Zahlstellen 735 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Dabei darf aber auch noch nicht angenommen werden, daß die am 1. Oktober 1904 vorhandenen 427 Mitglieder noch da sein würden, wenn seitens des Gauleiters in diesen 8 vorhandenen Zahlstellen nichts getan worden wäre. Mit gutem Gewissen kann behauptet werden, wenn bei den früheren Verhältnissen ohne Gauleiter so fortzuführen worden wäre, kaum 200 zahlende Mitglieder Augenblicklich vor-

handen wären. Die Beweise für diese Behauptungen hierorts zu erbringen, wäre aus taktischen Gründen deplatziert.

Auch die finanziellen Verhältnisse im 1. Gau haben sich wesentlich gebessert. Es ist während der 2 letzten verfloffenen Quartale die Periode überschritten, wo der Gauleiter sich durch die gewonnenen Mitglieder bezahlt macht, so daß jetzt noch Ueberbüsse im hoffnungsvollsten 1. Gau zu erwarten sind, was deutlich die folgenden Zahlen zeigen:

Quartal	Mitglieder	Einnahmen aus Beiträgen	An Hauptkasse abgeliefert
II. 04	437	1522	324
III. 04	427	1153	815
IV. 04	490	2121	1152
I. 05	592	2590	1496
II. 05	624	2924	2175

Das Resultat vom 3. Quartal 1905 lag noch nicht vor, wird aber dasjenige vom 2. Quartal noch übersteigen. Die Beitragsverhöhung nach dem 1. Oktober 1904 in Abzug gebracht, ist immer noch eine wesentliche Aufwärtsbewegung und höhere Beitragszahl, auf pro Mitglied berechnet, zu verzeichnen. Wenn die Beitragsleistung zur Mitgliederzahl auch noch nicht ganz günstig steht, so liegt es an einigen, beim Amtsantritt schon bestehenden Zweigvereinen, die sich von dem Vorthergebrachten, ohne Hebelisse zu arbeiten, schlecht trennen können.

Die Mitgliederzahl ist in den sechs städtischen Provinzen ausschließlich Berlin, die außer einigen Orten in Brandenburg von jeder unbearbeitet geblieben sind, um 75 Prozent gestiegen. Nicht im absoluten, sondern im relativen Fortschritt und darin, daß die Organisation in die rückständigsten Gegenden verpflanzt wurde, liegt der Erfolg. Ein Gauleiter im Nebenamt konnte niemals dieses Resultat erzielen, das Resultat wird wohl auch die Begner der Anstellung besetzter Gauleiter beherzigen. Noch weit mehr konnte geleistet werden, wenn, wie schon angedeutet, die in Betracht kommenden Orte mit Brauindustrie näher bei einander lägen, wie in anderen Bezirken, der 1. Gau umfaßt 202 000 Quadratkilometer gegenüber dem nachfolgenden 2. Gau mit 87 000 und dem kleinsten 3. Gau mit 55 000.

Ein weiterer sehr wesentlicher, die Agitationsarbeit ungünstig beeinflussender Umstand ist der Mangel an geeigneten Zusammenkunftsorten. So ist in den meisten Orten Pommerens, wo die organisierten Arbeiter nicht eigene Räume gemietet oder sonstwie erworben haben, zu Zweigvereinsbesprechungen kein Lokal zu bekommen. In Ost- und Westpreußen ist es dasselbe. In Pomeranien bei Rönigsberg, wo die beiden größten Brauereien Ostpreußens domizilieren und wo 4–500 Personen arbeiten, scheiterte diese Art Agitationsarbeit bisher an diesem Uebelstand. Es überläßt sein Saalbesitzer aus — freilich unbegründeter — Furcht vor Polizeischritten sein Lokal zu solchen Zwecken. Alle Angebote unsererseits schlug man aus. In einer Anzahl schlesischer Orte liegen die Verhältnisse ähnlich. Hier bleibt nur die Mittags- und abends ermöglichte zeitraubende und mühselige Hausagitation als einziger Ausweg übrig.

Auch die Gewerkschaftskarte im Osten lassen großenteils viel zu wünschen übrig. Von den vor dem Amtsantritt an 78 Kartelle gerichteten Fragebogen gingen nur 21, teilweise noch recht mangelhaft ausgefüllt, wieder ein. Einige wenige haben allerdings ihre Aufgabe richtig aufgefaßt und uns gute Dienste geleistet. In einer Anzahl Orte wird man von unserer Organisation noch nichts gehört haben und nicht glauben, daß alle Brauereiarbeiter in eine Organisation gehören.

Die schlechte Entlohnung, lange Arbeitszeit, Werktag wie Sonntag, schlechte Behandlung zc. lassen es begreiflich erscheinen, daß die organisierten Kollegen, wenn auch noch Neulinge in der Organisation, nach besseren Verhältnissen verlangen. So haben in den seit 1. Oktober 1904 neugegründeten Zahlstellen Landsberg, Stralsund, Wittenberge und Biegnitz erfolgreich beendet Lohnbewegungen stattgefunden. Lohnaufbesserungen ohne Vertragsabschluss erfolgten um wöchentlich 1 Mk. in Stralsund für die Arbeiter in drei Betrieben, in welchen wir Mitglieder hatten; um wöchentlich 1–1,50 Mk. in Spremberg; um wöchentlich 2 Mk. für die Arbeiter eines Betriebes in Wittenberge, wobei sich die Transportarbeiterverbands-Mitglieder schon vorzeitig mit 1 Mk. zufrieden gegeben hatten und uns die Arbeit dadurch wesentlich erleichterten; um 1–2,50 Mk. wöchentlich für alle Arbeiter in Landsberg. Verträge wurden abgeschlossen mit 2 Brauereien in Fürstenwalde, mit 5 in Cottbus, mit 1 Brauerei in Langeöls, mit den Brauereien in Eberswalde und in Biegnitz. Die in den Verträgen vorgesehenen Lohnsätze brachten wöchentliche Aufbesserungen bis 5,50 Mk. mit sich. Ferner erhielten die Brauereiarbeiter in Grlitz nach Gründung einer Zahlstelle unserer Organisation Lohn- und sonstige Verbesserungen.

Arben den in den Lohnsätzen vorgesehenen Änderungen bezüglich der Arbeitszeit und Sonntagsarbeit wurde die Arbeitszeit an Werktagen in Grlitz, Wittenberge während des ganzen Jahres, in Stralsund während des Winters gekürzt, während eine Besserung bezüglich der Sonntagsarbeit überall eintrat. Speziell für die Bierfahrer wurden Fortschritte bezüglich der Sonntagsruhe erzielt. So wurde das Sonntagsbierfahren in Cottbus und Grlitz ganz beseitigt, in Eberswalde steht ein diesbezüglicher Abschluß nahe bevor; in Breslau, Wittenberge und Stralsund wurde es wesentlich eingeschränkt, für Breslau und Wittenberge für den Winter beseitigt, für Wittenberge außerdem für den Sommer auf 2 Stunden beschränkt. In Biegnitz sind Schritte eingeleitet und ist die Hoffnung vorhanden, daß das Sonntagsbierfahren auch ganz — mit Ausnahme bestimmter Fälle — beseitigt wird.

Die Verhandlungen der Berliner Agitationskommission mit den Potsdamer und Werderschen Brauereien schweben noch. Zugeständnisse wurden auch gemacht seitens der Brauerei Mark u. Ko. in Freiburg i. Schl. Hier wie in Wittenberge mußten wir die Wahrnehmung machen, wie hemmend das Vorhandensein verschiedener Organisationen in einer Industrie bei Lohnbewegungen wirkt.

In Schweidnitz erreichten wir infolge einer Kritik im Fachblatt bessere Wohnverhältnisse. In der Breslauer Arbeiter-Malzkabarell antwortete die Zeitung auf eine

